

RS OGH 1987/2/17 10Os7/87 (10Os13/87), 15Os153/96 (15Os183/96), 12Os51/02, 14Os187/08v, 15Os6/12i (1

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 17.02.1987

Norm

StPO §285a Z1

Rechtssatz

1. Nur bei konkreten Anhaltspunkten für eine bei der Urteilsverkündung oder danach vor der Abgabe eines Rechtsmittelverzichts eingetretene prozessuale Diskretionsunfähigkeit oder Dispositionsunfähigkeit des Angeklagten, welche die Wirksamkeit seines Verzichts beeinträchtigen könnte, sind Ermittlungen darüber erforderlich. 2. Ein Motivirrtum ist für die Wirksamkeit darauf zurückzuführender prozessualer Erklärungen unbeachtlich, sofern er nicht auf einem Fehlverhalten des Gerichts beruht, wie etwa auf einer (gegen § 3 StPO verstoßenden) - allenfalls mittelbaren - unrichtigen Information über Inhalt, Voraussetzungen oder (mögliche) Folgen einer Rechtsmittelerklärung (hier: über das Recht auf Inanspruchnahme kostenloser Verteidigung im Rechtsmittelverfahren). Nicht auf einem Fehler des Gerichts beruhende Fehlinformationen des Angeklagte durch den Verteidiger beeinträchtigen daher die Wirksamkeit einer darauf zurückführenden Rechtsmittelerklärung nicht.

Entscheidungstexte

- 10 Os 7/87

Entscheidungstext OGH 17.02.1987 10 Os 7/87

- 15 Os 153/96

Entscheidungstext OGH 05.12.1996 15 Os 153/96

nur: 2. Ein Motivirrtum ist für die Wirksamkeit darauf zurückzuführender prozessualer Erklärungen unbeachtlich, sofern er nicht auf einem Fehlverhalten des Gerichts beruht, wie etwa auf einer (gegen § 3 StPO verstoßenden) - allenfalls mittelbaren - unrichtigen Information über Inhalt, Voraussetzungen oder (mögliche) Folgen einer Rechtsmittelerklärung (hier: über das Recht auf Inanspruchnahme kostenloser Verteidigung im Rechtsmittelverfahren). Nicht auf einem Fehler des Gerichts beruhende Fehlinformationen des Angeklagte durch den Verteidiger beeinträchtigen daher die Wirksamkeit einer darauf zurückführenden Rechtsmittelerklärung nicht. (T1)

- 12 Os 51/02

Entscheidungstext OGH 26.06.2002 12 Os 51/02

Auch; nur: Nur bei konkreten Anhaltspunkten für eine bei der Urteilsverkündung oder danach vor der Abgabe

eines Rechtsmittelverzichts eingetretene prozessuale Diskretionsunfähigkeit oder Dispositionsunfähigkeit des Angeklagten, welche die Wirksamkeit seines Verzichts beeinträchtigen könnte, sind Ermittlungen darüber erforderlich. (T2)

- 14 Os 187/08v
Entscheidungstext OGH 17.02.2009 14 Os 187/08v
nur T2
- 15 Os 6/12i
Entscheidungstext OGH 29.02.2012 15 Os 6/12i
Vgl auch
- 15 Os 150/15w
Entscheidungstext OGH 09.12.2015 15 Os 150/15w
Auch
- 14 Os 4/16v
Entscheidungstext OGH 08.03.2016 14 Os 4/16v
Auch
- 12 Os 55/18g
Entscheidungstext OGH 05.07.2018 12 Os 55/18g
Vgl
- 15 Os 109/18w
Entscheidungstext OGH 26.09.2018 15 Os 109/18w
Auch
- 15 Os 97/19g
Entscheidungstext OGH 11.09.2019 15 Os 97/19g
Vgl; Beisatz: Ein – nicht auf einem Fehlverhalten des Gerichts beruhender – Motivirrtum (etwa über die Tragweite oder die Widerrufbarkeit) ist für die Wirksamkeit einer derartigen prozessualen Erklärung unbeachtlich. (T3)
- 11 Os 161/19i
Entscheidungstext OGH 18.02.2020 11 Os 161/19i
- 11 Os 47/20a
Entscheidungstext OGH 15.09.2020 11 Os 47/20a
Vgl; Beisatz: Hier: unbeachtlicher) Motivirrtum, aus dem die angemeldete Berufung wegen des Ausspruchs über die Strafe bei berichtigungsfähiger Fehldarstellung der Strafhöhe im Hauptverhandlungsprotokoll und der Urteilsausfertigung zurückgezogen wurde. (T4)

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1987:RS0100103

Im RIS seit

15.06.1997

Zuletzt aktualisiert am

27.10.2020

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at